
Wirtschaftsreformen und Entscheidungspartizipation in Osteuropa: Das Beispiel Polens und der Tschechoslowakei*

Jiří Kosta

1. Polen 1956, 1970 und 1980/81: der Ruf nach Dezentralisierung und Demokratisierung¹

Das zentraladministrative Planungssystem sowjetischen Typs, das in Polen zum Ende der vierziger Jahre eingeführt wurde, hat in diesem Land ungeachtet einiger Reformansätze und Modifikationen seine Grundzüge bis zur Gegenwart beibehalten. Dies ist um so bedauernder, als hier wie in keinem anderen osteuropäischen Staat die Reformdiskussionen ein hohes theoretisches Niveau erreicht haben, wie dies die Namen von aktiv beteiligten Ökonomen, wie etwa Oskar Lange, Michal Kalecki, Włodzimierz Brus und andere andeuten. Wir wollen im 1. Teil dieses Beitrags dem dornigen Zick-Zack-Weg der polnischen Planungsdebatten und der eingeschlagenen Reformschritte, die immer wieder auf halbem Wege steckenblieben oder gar völlig zurückgenommen wurden, folgen. Meilensteine dieser Entwicklung sind, wie zu zeigen sein wird, die Jahre 1956, 1970 und 1980/81.

Ähnlich wie in anderen RGW-Ländern führte auch in Polen die Übernahme des sowjetischen Akkumulationsmodells, des überzentralisierten Planungssystems und nicht zuletzt die totale Verstaatlichung bzw. Zwangskollektivierung zu verheerenden ökonomischen Resultaten. Versorgungslücken, Engpässe und Reibungsverluste aller Art erweckten die Unzufriedenheit der Bevölkerung und eine Aversion gegenüber dem neuen Regime, dem viele Polen angesichts ihrer

* Überarbeitete Fassung eines Beitrags, der auf einer im Mai 1981 von der Gesamthochschule Kassel veranstalteten Tagung zum Thema „Partizipation und Mitbestimmung“ vorgelegt wurde; die Tagungsbeiträge werden in einem von Prof. Dr. Hans G. Nutzinger herausgegebenen Sammelband Anfang 1982 beim Campus Verlag, Frankfurt/Main, erscheinen.

nationalen und religiösen Traditionen von vornherein mißtrauten. So war es kein Zufall, wenn die vorerst latente Feindseligkeit in einem Augenblick an die Oberfläche gelangte, als die Arbeiter eine weitere Verschlechterung der allgemeinen materiellen Lebensbedingungen auf sich zukommen sahen.

Dies geschah im Juni 1956 anläßlich einer drohenden Senkung der Reallöhne in einem Posener Betrieb zur Herstellung von Eisenbahnzügen. Die Demonstrationen streikender Arbeiter schlugen in militante Angriffe auf örtliche Partei- und Polizeieinrichtungen um. Die Revolten wurden von bewaffneten Kräften gewaltsam unterdrückt, die Organisatoren eingesperrt. Nachdem die erste Version über den Aufruhr, der von „imperialistischen Kreisen“ angezettelt worden sei, aufgegeben werden mußte, gestand die Parteiführung, daß in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurde. Die Selbstkritik ist im Zusammenhang mit dem allgemeinen Tauwetter zu sehen, das nach dem 20. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) im Ostblock einsetzte.

Mit der Ernennung Gomulkas zum neuen Parteiführer schien zunächst ein Reformklima einzukehren, das über die Partei hinaus neue Hoffnungen weckte. Im wirtschaftlichen Bereich wurde ein „*dezentrales Funktionsmodell*“ angekündigt, die in etlichen Betrieben spontan entstandenen Arbeiterräte sollten als neue Formen einer direkt-demokratischen Entscheidungspartizipation landesweit kodifiziert werden. Es dauerte jedoch nicht lange, ehe sich all die hoffnungsvollen Reformschritte als Träume und Illusionen erwiesen. Wie ist dies zu erklären?

Tatsächlich griff in den Jahren 1956 bis 1958 eine bereits früher in engerem Kreis geführte Wirtschaftsreformdebatte um sich, an der renommierte Wirtschaftswissenschaftler teilnahmen. Neben einer kleinen Gruppe von „Orthodoxen“ (H. Minc etc.) und den „Liberalen“ (Kurowski u. a.) plädierte die entscheidende Mehrheit kompetenter Ökonomen (Lange, Brus, Kalecki, Lipinski u. a. m.) für ein „dezentralisiertes Modell mit eingebauten Marktmechanismen“. Ein derartiges Reformkonzept implizierte die Verknüpfung von *zentralen* Entscheidungen in bezug auf die makroökonomische Entwicklung (z. B. Wachstum des Nationalprodukts, die Proportionen der wichtigsten Sektoren und Zweige, die volkswirtschaftliche Akkumulations- und Konsumquote) mit *dezentraler* Verfügungsgewalt (a) auf der Ebene der Unternehmen (z. B. Produktionsprogramm, Produktsortiment, Kostenkalkulation) und (b) im Bereich der individuellen Entscheidungen (z. B. freie Konsum- und Berufswahl).

Obwohl einige Aspekte dieser Reformentwürfe in der Parteipresse diskutiert wurden, fanden zu Beginn der Gomulka-Ära die wesentlichen Punkte keinerlei Niederschlag in konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Erst 1964 billigte das Zentralkomitee der Partei – möglicherweise als Folge der damals vorankommenden Reformdiskussion in der Sowjetunion – ein Reformdokument unter der Bezeichnung „Richtlinien zur Veränderung des Planungs- und Leitungssystems“. Das Hauptmerkmal dieser „Reform“, die in den Jahren 1966 bis 1970 Gültigkeit erlangen sollte, beschränkte sich auf eine Modifizierung der

Planungstechniken und der Leitungsorganisation. So wurden neue Effizienzindikatoren eingeführt, die Preise der Kostenentwicklung angepaßt und ähnlich wie in anderen RGW-Ländern dem monetären Kalkül eine höhere Bedeutung beigemessen als zuvor. Die Grundzüge des zentralisierten Planungssystems wurden jedoch keineswegs aufgegeben.

Im Gegensatz zur Planungsreformdebatte, die 1956 lediglich auf theoretischer Ebene geführt wurde, waren die spontan entstandenen *Werkstätigenräte* von praktisch-politischer Bedeutung. Die Parteiführung schien dieser Bewegung Rechnung zu tragen, indem sie die Verabschiedung eines Gesetzes über die Arbeiterselbstverwaltung initiierte. Den Arbeiterräten wurden gewisse Kompetenzen auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen und der Lohn- bzw. Prämienregelungen zugestanden, ja sie waren sogar in der Lage, über Produktionspläne und Abschlußbilanzen mitzubestimmen. Dennoch blieb dem Gesetz zufolge die letzte Entscheidung nach wie vor dem Management vorbehalten, das staatlicherseits ernannt wurde und mithin auch der übergeordneten Hierarchie gegenüber verantwortlich war.

Wie immer man den halbherzigen partizipatorischen Ansatz von 1956 beurteilen mag – selbst in der eingeschränkten Form war ihm kein langes Leben beschieden. Im Dezember 1958 wurde ein neues Gesetz über die „Arbeiterselbstverwaltung“ verabschiedet, das die sukzessive Entmachtung der Rätekompetenzen zugunsten von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären im Betrieb zu Ende führte: von nun an bestimmten sogenannte Arbeiterselbstverwaltungs-Konferenzen als Dachorganisationen der Räte im Namen der betrieblichen Belegschaft; in diesen „Konferenzen“ waren neben direkt gewählten Vertretern der Arbeiterkollektive qua Gesetz Funktionäre der Parteiorganisationen und ihres verlängerten Arms, der Gewerkschaftsorganisation, vertreten. Darüber hinaus wurden dem Parteisekretär und dem Vorsitzenden der Gewerkschaftsorganisation weitere Vorrechte zugestanden.

Trotz dieser Rückschläge ist einzuräumen, daß die polnische Führung nach 1956 zu dem überkommenen Planungsmodell von 1950 nicht völlig zurückkehrte. Die überzogenen Investitionsraten wurden nunmehr etwas reduziert, so daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern etwas verbessert werden konnte. Jeder Versuch, die Reformdebatte wiederum in Gang zu setzen und konsequente Reformmaßnahmen in die Wege zu leiten, scheiterte jedoch an den Interessen des Partei- und Staatsapparates (dies kam insbesondere 1968 zum Ausdruck), wobei ökonomische Ungleichgewichte und inflationäre Tendenzen von Reformgegnern als „Argument“ für eine Beibehaltung zentralistischer Entscheidungsstrukturen angeführt wurden.

Allmählich setzte sich selbst in der Parteiführung unter Gomulka doch die Überzeugung durch, daß die wachsenden Disproportionen und Engpässe ohne Reform nicht zu überwinden sind. So arbeiteten Experten in den Jahren 1968 bis 1970 an einer Reformierung des Preis- und Anreizsystems. Der „ökonomischen Logik“ folgend sollten v. a. die

Preise knapper Güter erheblich angehoben werden, wobei durch eine stärkere Rentabilitätsorientierung und eine entsprechende Prämienordnung die Erweiterung des Angebots in den betreffenden Bereichen zu stimulieren wäre. Was allerdings nicht hinreichend in Rechnung gestellt wurde, waren die sozialen Folgen, die eine schlagartige Preisanhebung, insbesondere auf dem Lebensmittelsektor, bewirken würde. Die Verantwortlichen hatten die alte Erfahrung nicht hinreichend berücksichtigt, derzufolge die an sich unzufriedene polnische Bevölkerung gegenüber der „entfremdeten Macht“ zu revoltieren bereit ist, wenn die unmittelbaren materiellen Lebensbedingungen spürbar eingeschränkt werden.

Die Reaktion der Werftarbeiter an der Ostseeküste auf die angekündigten Preiserhöhungen und die entsprechenden „Lohnregelungen“ im Dezember 1970 sind bekannt. Die Folgen waren ärger als 1956. Mit einem Blutbad und weiteren brutalen Repressionen wurde das Aufbegehren der polnischen Arbeiter „bewältigt“. Aber ähnlich wie seinerzeit 1956 entstanden spontane Bewegungen, diesmal in Form von Streikkomitees, die man zur Kenntnis nehmen mußte. Wiederum wurde das „altbewährte“ Muster angewandt: die Parteiführung unter Gomulka wurde von einer neuen Führung mit Gierek an der Spitze abgelöst, ohne daß sich allerdings eine radikale Reform anbahnte. Dennoch wählte das politische Establishment einen neuen Kurs, der sich in mancher Beziehung von der bisherigen Wirtschaftspolitik deutlich abhob. Worin bestand der Wandel? Gierek wählte eine völlig andere *Entwicklungsstrategie*. Die neue Linie hieß forcierte Modernisierung und gleichzeitig deutliche Anhebung des Lebensstandards. Die überaus ehrgeizigen Ziele setzten massive Technologieimporte aus dem Westen voraus, die die Bedingungen für eine Wiedererlangung des industriellen Wachstums schaffen sollten. Angestrebt wurde gleichzeitig eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, um den Konsumgütermarkt neben industriellen Waren auch hinreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Zunächst schien die Rechnung auch tatsächlich aufzugehen: nach 1970 setzte eine Boom-Periode ein, in der zunächst alle volkswirtschaftlichen Indikatoren emporschnellten und die notwendigen Bedingungen für eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Bürger schufen (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Verborgen blieb vorerst der entscheidende Schwachpunkt der Kalkulation: die polnische Gesellschaft lebte auf Pump. Die Modernisierung der Volkswirtschaft wurde ebenso durch hohe Importüberschüsse bezahlt wie die Versorgung mit Industriewaren und Nahrungsmitteln, zumal der Produktionsanstieg in der Landwirtschaft nur bis 1973 anhielt. Die verheerenden Konsequenzen der verfehlten Industrialisierungsstrategie sind bekannt: die Auslandsverschuldung hat bis zur Gegenwart astronomische Zahlen erreicht, die Einfuhren mußten gedrosselt werden, die Unterauslastung der Betriebe wuchs, alle bisherigen Pläne sind ab 1979 zusammengebrochen.

Während die Entwicklungsstrategie einen neuen Zug in der Wirt-

schaftspolitik Polens der siebziger Jahre darstellte, so änderten sich die Grundpfeiler des *Planungs- und Lenkungssystems* kaum. Zwar wurde zunächst 1972 eine neue Organisationsstruktur realisiert, deren Hauptmerkmal die Errichtung sogenannter „Großer Wirtschaftsorganisationen“, einer Art Branchenmonopole, war; darüber hinaus reformierten die Autoren der Maßnahmen das bisherige System der Kennziffern und Erfolgsmaßstäbe etwa in der Form wie dies in anderen RGW-Ländern durchgeführt wurde: Rentabilitäts Gesichtspunkte sollten eine größere Rolle spielen als die Orientierung an Mengengrößen.

Aber selbst diese halbherzige Reform überdauerte kaum das Jahr 1974. Lediglich die Großkonzerne, die eher ein Hindernis für eine Effizienzsteigerung waren, bestanden fort. Nachdem die wirtschaftlichen Indikatoren in der 2. Hälfte der siebziger Jahre einen ungünstigen Trend signalisierten, wurde 1977 unter dem Namen eines „Neuen Ökonomischen Manövers“ wiederum eine partielle Reorganisation des Anreizsystems durchgeführt, die von einer Rücknahme der ehrgeizigen Investitionsziele flankiert wurde.

Ähnlich wie die Dezentralisierung blieb auch die *Demokratisierung der Entscheidungen* in den polnischen Betrieben im Laufe der siebziger Jahre auf halbem Wege stecken. Wlodzimierz Brus kennzeichnet die entsprechende Situation mit folgenden Worten: „Als verbürgte Tatsache sollte erwähnt werden, daß sowohl bei analytischen Diskussionen als auch bei der praktischen Durchführung im Zeitraum 1971–75 die Frage der Wechselbeziehung zwischen der Delegation von Wirtschaftsentscheidungen und der Arbeiterselbstverwaltung kaum einen vorrangigen Platz einnahm, wenn überhaupt darüber gesprochen wurde. Auf jeden Fall hat sich während der kurzlebigen Dauer der polnischen Wirtschaftsreform in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nichts an der tatsächlichen Lage der sterbenden Organe der Selbstverwaltung in den Industrieunternehmen geändert.“

Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, wollten wir die Ereignisse des polnischen Sommers von 1980 hier ausführlich nachvollziehen (als Stichworte seien genannt: die Streiks an der Ostseeküste als Echo auf die Ankündigung der Preisanhebungen für Fleisch, die Vereinbarung zwischen der Regierungskommission und den überbetrieblichen Streikkomitees vom 31. August 1980 in der Danziger Werft; die Ablösung des Parteichefs Gierek durch Kania vom 6. September 1980; der zweite Regierungswechsel vom Februar 1981; die wiederholten Konflikte zwischen der unabhängigen Gewerkschaft Solidarität und dem Partei- bzw. Staatsapparat; der Sonderparteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei vom Juli 1981³). Hingegen wollen wir uns in Kürze auf den Verlauf der neu entflammten Reformdiskussion konzentrieren, die eine weitgehende Dezentralisierung der Planung und eine Demokratisierung der Entscheidungen anvisiert hat.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich bereits vor den Danziger Ereignissen angesichts der sich zuspitzenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein reformfreundliches Klima abzuzeichnen begann. Nicht nur unter Wirtschaftswissenschaftlern, aber auch unter den

politisch Verantwortlichen verstärkte sich die Erkenntnis, daß eine Reformierung des gegebenen Planungs- und Lenkungssystems unumgänglich sei. Unter diesen Bedingungen bereitete die Polnische Ökonomische Gesellschaft (PTE) – der wirtschaftswissenschaftliche Berufsverband – einen Entwurf vor, der im Juli 1980 vom Vorstand verabschiedet und einer breiteren Fachöffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt wurde. Dies führte zu der Erarbeitung eines umfassenden Reformkonzepts, das im November in der Wochenzeitschrift *Zycie Gospodarcze* veröffentlicht wurde⁴. Das PTE-Papier enthielt im wesentlichen diejenigen Merkmale, die bereits von Brus in den fünfziger Jahren vorgeschlagen und unter der Bezeichnung „Dezentrales Funktionsmodell mit eingebauten Marktmechanismen“ in die Literatur eingingen⁵.

Neben dem Entwurf der wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigung wurden weitere Vorschläge von Universitäten unterbreitet, die z. T. weitgehendere Dezentralisierungsideen enthielten. Die um sich greifende Diskussion unter Wirtschaftswissenschaftlern und insbesondere der allgemeine gesellschaftliche Demokratisierungsprozeß beschleunigten die Arbeiten einer Regierungskommission, die an sich bereits zum Ende der siebziger Jahre wirtschaftspolitische Maßnahmen vorzubereiten hatte, nun allerdings unter den veränderten Bedingungen in neuer, erweiterter Zusammensetzung eine komplexere Lösung erarbeiten sollte. So wurde von dieser offiziellen Arbeitsgruppe im Januar 1981 unter der Bezeichnung „Hautprinzipien der Wirtschaftsreform“ in allen Massenmedien ein Reformkonzept vorgelegt⁶, das in vieler Hinsicht an den „Neuen Ökonomischen Mechanismus“ Ungarns erinnerte, über die „eingebauten Marktmechanismen“ hinaus jedoch Elemente der Arbeiterselbstverwaltung im Sinne des jugoslawischen Modells einzuführen schien. Obwohl im Regierungsprojekt einige Formulierungen recht vage ausfielen und der Gesamttenor weniger radikal klang als das PTE-Papier bzw. die von Universitäten kommenden Vorschläge, so ging der offizielle Entwurf dennoch über Reformansätze der sechziger und siebziger Jahre weit hinaus. Es war allerdings nicht von vornherein klar, ob die politischen Auseinandersetzungen, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1981 anbahnten, eine Realisierung des Reformentwurfs ermöglichen würden.

Nach dem außerordentlichen Parteitag vom Juli 1981, in dem die neue Parteiführung ihre Position behaupten konnte, scheint der Durchsetzung des Regierungsentwurfs nichts Grundsätzliches mehr im Wege zu stehen. Die ursprüngliche Fassung des zur Debatte gestellten Reformentwurfs dürfte keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Denn einerseits ist im Hinblick auf die wirtschaftlichen und vermutlich auch auf die außenpolitischen Unsicherheiten nicht zu erwarten, daß die definitive Gestalt der Reform radikalere Züge annehmen sollte als der Regierungsentwurf vom Januar 1981. Andererseits scheint eine Verwässerung der vorgeschlagenen, vergleichsweise weitgehenden Dezentralisierung infolge des Drucks der Basis nicht mehr möglich zu sein.

Unter diesen Annahmen stellt sich das *polnische Reformmodell* gemäß dem Januar-Konzept in seinen Grundzügen wie folgt dar:

1. Die *zentrale Wirtschaftsadministration* soll erheblich verringert werden (z. T. ist eine Reduzierung der Ministerien im Frühjahr bereits vorgenommen worden). Über die Existenzberechtigung von Unternehmenszusammenschlüssen bzw. über die Notwendigkeit von Entflechtungen sollen die staatlichen Organe nach ökonomischen Kriterien neu befinden.
2. Auf dem Gebiet der Eigentumsordnung wird neben den traditionellen Staatsbetrieben die Bedeutung von kommunalem und *Privateigentum* betont. Letzteres gilt für kleinere Dienstleistungsbetriebe und v. a. für die Landwirtschaft, die besonders gefördert werden soll (auf dem Gebiet der Preis- und Steuerpolitik etc.).
3. Die zentralisierte Einzelplanung mit Hilfe von Kennziffern und Auflagen für die Betriebe soll durch eine *langfristig orientierte Rahmenplanung* ersetzt werden, die sich lediglich auf die sogenannten strategischen Ziele zu konzentrieren hat (z. T. ist Anfang 1981 die Zahl der verbindlichen Plankennziffern bereits reduziert worden).
4. Die nunmehr *autonomen Unternehmen* sind in der Regel indirekt auf die gesellschaftlichen Planziele hin zu orientieren; m. a. W.: im Vordergrund der volkswirtschaftlichen Steuerung stehen wirtschaftspolitische Instrumente – so etwa auf dem Gebiet der Kredit-, Steuer-, Einkommens- und Preispolitik.
5. Ein derartiges Lenkungssystem geht von dem Grundsatz aus, daß anstelle des verbindlichen Plan-Solls als Zielgröße der betrieblichen Entscheidungen nunmehr der Gewinn bzw. die Wertschöpfung gilt. Die *Rentabilität* bildet somit das Erfolgskriterium des Unternehmens.
6. Die etwas vage formulierten Preisbildungsprinzipien lassen darauf schließen, daß neue *Preise aufgrund von Kosten und Knappheiten* festzulegen sind, wobei die entsprechenden Weltmarktpreise berücksichtigt werden sollen (inwieweit eine Dezentralisierung der Preisfestsetzungskompetenzen ins Auge gefaßt wird, bleibt unklar).
7. Das *partizipatorische Prinzip*, das durch die sogenannten Selbstverwaltungskonferenzen der späten fünfziger Jahre in Mißkredit geraten war, soll durch eine „Selbstverwaltung der betrieblichen Belegschaft“ rehabilitiert werden. Dies wird einmal durch „direkte“ Teilhabe in der Gestalt von Vollversammlungen, zum anderen durch „indirekte“ Partizipation in Form von „Belegschaftsräten“ sichergestellt werden (dazu vgl. die Ausführungen im folgenden zweiten Abschnitt).

2. Der polnische Reformentwurf von 1981 und das tschechoslowakische Modell von 1965/1968: ein Vergleich

Im zweiten Teil dieses Beitrags sollen einige Aspekte der *Reformbewegungen Polens und der Tschechoslowakei* verglichen werden. Zunächst sind die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen einander gegenüberzustellen, unter denen die jeweiligen Entwürfe zustande kamen. Danach soll einmal ein Vergleich der beiden Len-

kungskonzepte, zum anderen der jeweiligen Partizipationsansätze vorgenommen werden.

Die Wirtschaftsreformdebatten erhielten in beiden Ländern ihren Auftrieb durch um sich greifende Wirtschaftskrisen. Während jedoch die seinerzeitige tschechoslowakische Wirtschaftsentwicklung vor der definitiven Ausarbeitung des Reformkonzepts von 1965 die Talsohle bereits durchschritten hatte, verschärften sich die *wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens* Anfang 1980 – zur Zeit der Veröffentlichung des polnischen Regierungsprojektes – in dramatischer Weise⁷. Die in den folgenden Monaten überhandnehmenden Versorgungslücken führten unentwegt zu neuen sozialen Konflikten, welche angesichts des tiefen Mißtrauens der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Partei- und Staatsapparat wiederholt Unruhen und Streiks bewirkten. Stellt man darüber hinaus die von der Gewerkschaft durchgesetzten (sozialen) Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die andauernde allgemeine Arbeitsunlust mit in Rechnung, dann ist evident, daß sich der Abwärtstrend und das volkswirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Kaufkraftüberhang und Angebotsdefizit rapide verstärkte (vgl. dazu die Daten im Anhang, Tabelle 1).

Demgegenüber befand sich, wie bereits angedeutet, die *tschechoslowakische Wirtschaft nach der überwundenen Krise von 1962 bis 1964 in einer Aufschwungphase*, die im ersten Halbjahr 1968 ihren Höhepunkt erreichte (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Die Ursachen waren mehrfacher Art⁸. Wachstumszyklen hatte es in den RGW-Ländern aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Planungsprozeß, insbesondere infolge einer extrem schwankenden Investitionstätigkeit, schon immer gegeben. Zu dem aus dieser Logik resultierenden Aufschwung kamen vorübergehend wirkende positive Faktoren wie die damals bestehende Konjunktur auf Exportmärkten und günstige Witterungsverhältnisse für die Landwirtschaft hinzu. Von besonderer Bedeutung waren jedoch die ersten positiven Auswirkungen der anvisierten Wirtschaftsreform, die noch vor ihrer Realisierung (bekanntlicherweise wurde die tschechoslowakische Wirtschaftsreform infolge des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen von August 1968 nie zu Ende geführt) neue Impulse und Initiativen freisetzte. Der Aufwärtstrend der tschechoslowakischen Wirtschaft wurde durch den im Januar 1968 einsetzenden gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß des Prager Frühlings noch verstärkt.

Obwohl die *ökonomischen* Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Durchführung der Wirtschaftsreform in der Tschechoslowakei seinerzeit weit günstiger waren als heute in Polen, entschied über das Schicksal in Prag die *politische*, insbesondere die außenpolitische Entwicklung. Es liegt auf der Hand, daß der Ausgang und die endgültige Gestalt des polnischen Reformkonzepts ebenfalls weitgehend von der gegebenen außen- und innenpolitischen Kräftekonstellation abhängig ist und auch weiterhin abhängig sein wird.

Gehen wir nun von den beiden Reformkonzepten aus – dem *tsche-*

choslowakischen Modell von 1965–1968⁹ und vom polnischen Entwurf vom Januar 1981¹⁰ – dann sind beiderseits sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede festzustellen. Dies gilt zunächst für die Formen der Planung und Lenkung, wie sie in beiden Dokumenten formuliert werden.

Wenn wir von der oben dargestellten Charakteristik des polnischen Konzeptes ausgehen, dann lassen sich auf den ersten Blick mit Ausnahme des Punktes 2 (Eigentumsordnung) in den ersten sechs Punkten keine besonderen Differenzen ablesen. Beiden Konzeptionen liegt die Vorstellung eines „dezentralen Planungsmodells mit eingebauten Marktmechanismen“ zugrunde. Ein detaillierterer Einblick zeigt jedoch, daß in einer Reihe von Einzelfragen Unterschiede auszumachen sind. Wir wollen die Differenzen wie folgt aufzeigen.

Erstens. Wie bereits in Punkt 2 angedeutet, stellen die Polen das Privateigentum, insbesondere in der seit 1956 reprivatisierten Landwirtschaft, besonders heraus (nahezu 80 Prozent der Nutzfläche werden individuell bebaut). Die Reformer betonen die „Dauerhaftigkeit“ des Privatbesitzes von Grund und Boden, wobei für eine Erweiterung der Ackerfläche plädiert wird, sofern dies die Unwirtschaftlichkeit von Zwergbetrieben beseitigt. In der ČSSR stand eine Reprivatisierung des Eigentums der landwirtschaftlichen Genossenschaften nie zur Debatte, zumal für die jüngere Generation am Lande das private Wirtschaften nicht mehr attraktiv sein dürfte.

Zweitens. Die Entscheidungskompetenzen über Gründung, Zusammenschluß und Entflechtung von Unternehmungen sollen in Polen der staatlichen Administration vorbehalten bleiben. Wie dieser so formulierte Grundsatz mit einer anderen Formulierung im gleichen Dokument zu vereinbaren ist, derzufolge „Unternehmen berechtigt sein sollten, freiwillige Vereinigungen einzugehen“, bleibt unergründlich. Über die gleiche Frage wurde in der tschechoslowakischen Reformdiskussion eine Kontroverse zwischen den Reformökonomien und dem Staats- und Parteiapparat ausgetragen, die erst Anfang 1968 im Sinne der ersteren zugunsten des Freiwilligkeitsprinzips von Unternehmenszusammenschlüssen sowie Entflechtungen entschieden werden konnte.

Drittens. Die nicht ganz eindeutigen Äußerungen des polnischen Entwurfs zur Preispolitik deuten darauf hin, daß an eine Dezentralisierung der Preisbildung vorläufig kaum gedacht wird. In der Tschechoslowakei wurde hingegen von Anfang an die Kategorie der „freien Preise“ für die Preisfestsetzung zumindest eines Teils der Güter und Dienstleistungen eingeführt. Die Position der polnischen Reformer dürfte durch die brisante Knappheitssituation auf dem Konsumgütermarkt hervorgerufen sein, die Befürchtungen über die Verstärkung inflationärer Tendenzen im Falle einer Liberalisierung der Preisbildungskompetenzen erweckt. Ob allerdings bei Beibehaltung zentraler Preisbildungskompetenzen die wünschenswerten Allokations- und Effizienzeffekte eintreten können, bleibt äußerst fragwürdig.

Viertens. Ähnlich unklar wie die Preisbildungsprinzipien klingen die Formulierungen des polnischen Entwurfs über eine „zentrale Regulie-

nung“ auf dem Gebiet „des Marktes und des Verbrauchs“. Zweifellos vertrauten die *tschechoslowakischen* Reformer einem *regulierten Marktmechanismus* insbesondere auf den Konsumgütermärkten eher als ihre polnischen Kollegen.

Fünftens. Das polnische Regierungsprojekt sieht zwei Alternativlösungen in bezug auf die *Erfolgsgröße* des Unternehmens vor: (a) als Erfolgsmaßstab soll die Wertschöpfung gelten („*Einkommensprinzip*“), wobei ähnlich wie in Jugoslawien auf Unternehmensebene über die Aufteilung des betrieblichen Einkommens (Umsatz minus Vorleistungen) auf Löhne und Investitionen entschieden wird; (b) Zielgröße ist wie in Ungarn der Gewinn („*Gewinnprinzip*“), wobei die Grundlöhne aufgrund von gesamtstaatlichen Tarifen festgelegt werden. Die *tschechoslowakische* Konzeption sah eine Zwischenlösung vor, derzufolge das betriebliche Einkommen als Erfolgsgröße zu besteuern war, der maßgebliche Teil der Entlohnung – etwa 85–95 Prozent des Arbeitseinkommens – tariflich, der Rest als Erfolgsanteil bestimmt werden sollte.

Wenden wir uns schließlich den Konvergenzen bzw. Divergenzen auf dem Gebiet der *Entscheidungspartizipation* zu. Ein entsprechender Vergleich kann allerdings nur unter gewissen Vorbehalten durchgeführt werden. Denn gerade auf diesem Gebiet sind die Formulierungen in den Dokumenten beider Länder, insbesondere in bezug auf die Abgrenzung zwischen Mitbestimmung und Selbstverwaltung, ziemlich unpräzise. Hinzu kommt noch der Umstand, daß die *tschechoslowakischen* Richtlinien über die Werkstättenräte vom Sommer 1968 zwar eher dem Mitbestimmungsprinzip folgen, die reale Entwicklung im Prager Frühling 1968 und kurz danach zur betrieblichen Selbstverwaltung tendierte¹¹.

Ungeachtet dieser Einschränkungen ist zunächst festzustellen, daß die Dokumente *beider Länder* auf eine *Kombination von Mit- und Selbstbestimmungselementen* hindeuten, so daß die in letzter Zeit da und dort behauptete Ähnlichkeit der polnischen Lösung mit dem jugoslawischen Konzept (andere stellen eher die Ähnlichkeit mit dem ungarischen Modell heraus) nicht zutreffend ist. Dennoch weichen die polnischen und *tschechoslowakischen* Partizipationsentwürfe voneinander wie folgt ab:

Erstens. Die *Polen* unterscheiden zwei Typen von Räten: (a) „*Belegschaftsräte*“ auf der Ebene des Betriebs bzw. Unternehmens, deren Mitglieder von allen Arbeitern und Angestellten in direkten und geheimen Wahlen bestimmt werden, und (b) „*Aufsichtsräte*“ (nur in Unternehmensvereinigungen), in welche die Belegschaftsräte der Einzelunternehmen ihre Delegierten entsenden. Während in den Belegschaftsräten einzig und allein Beschäftigte des betreffenden Unternehmens vertreten sind, sollen in den Aufsichtsräten neben den mehrheitlich vertretenen Delegierten der Einzelunternehmen auch Abgesandte externer Interessengruppen (kooperierende Banken, Zuliefer- bzw. Abnehmerbetriebe, Konsumentenverbände, Kommunalgremien etc.) sitzen. Die *tschechoslowakischen* Richtlinien von 1968 erwogen lediglich einen *einzigsten Typ von Werkstättenräten*, deren direkt und geheim

gewählte Mitglieder mehrheitlich aus dem Kreis der Arbeiter und Angestellten des Unternehmens kamen, während weitere Ratsmitglieder ähnlich wie in den polnischen Aufsichtsräten externe Interessenträger repräsentieren sollten. Dies wurde damit begründet, daß dem Überhandnehmen von Partikularinteressen bereits auf betrieblicher Ebene entgegen gewirkt werden müßte.

Zweitens. Die Entscheidungskompetenzen der *polnischen* Räte beziehen sich auf Initiativanträge und Vorschläge „in allen Bereichen der betrieblichen Aktivitäten“, auf *Mitbestimmungsrechte* in bezug auf die Ernennung des Direktors, die Bestimmung der Produktionsprogramme, die Festlegung von Organisationsstatuten, auf Planungsverfahren und nicht zuletzt auf Kontrollrechte gegenüber der Direktion. In der *Tschechoslowakei* sollte der Werktagenrat *souverän* über (1) die Benennung und Entlassung des Direktors und seiner Stellvertreter, (2) deren Gehälter bzw. Prämien, (3) Zusammenschlüsse, Entflechtungen und Auflösungen des Unternehmens, entscheiden. Mitbestimmung wurde auf dem Gebiet der langfristigen Investitionspolitik, der Gewinnaufteilung, der Unternehmensverfassung sowie der Jahresbilanz vorgesehen. Wie bereits angedeutet, setzte sich in den Betrieben auch das *Selbstbestimmungsrecht* in den Bereichen fort, wo eher mit einer bloßen Mitbestimmung gegenüber dem Management gerechnet wurde.

Drittens. Während der tschechoslowakische *Direktor* vom Werktagenrat ernannt wird (s. zweitens), sind die entsprechenden Formulierungen im *polnischen* Dokument zweideutig: einerseits soll der Unternehmensleiter Vollstrecker der Entscheidungen des Belegschaftsrates sein, andererseits deuten die Bestimmungen über seine Ernennung eher auf ein *Mitbestimmungsrecht* hin, wobei die übergeordneten Behörden – hier werden zwei Alternativlösungen vorgeschlagen – entweder das Letztentscheidungsrecht besitzen oder gemeinsam mit dem Belegschaftsrat über die Berufung bestimmen. Während allerdings in Polen der Direktor nicht Mitglied des Rates sein darf, wurden in den *tschechoslowakischen* Richtlinien beide Möglichkeiten eingeräumt: sowohl eine *Mitgliedschaft des Direktors im Werktagenrat* als auch die Möglichkeit, lediglich *beratend* an den Sitzungen teilzunehmen.

Viertens. Der *polnische* Regierungsentwurf betont die Bedeutung der *Gewerkschaften* recht allgemein: in dem im Frühling 1981 veröffentlichten Gesetzesentwurf (vgl. Anm. 10) wird jedoch sehr viel deutlicher darauf hingewiesen, daß die Rolle der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Selbstverwaltung vor allem in der Wahrung der unmittelbaren sozialen und materiellen Interessen der Arbeitskollektive besteht. Ähnlich sahen die *tschechoslowakischen* Reformer die Funktion der Gewerkschaften: während die Werktagenräte das wirtschaftliche Interesse des Gesamtunternehmens wahren mußten, sollten sich die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen v. a. auf die sozialen Auswirkungen unternehmerischer Entscheidungen konzentrieren. – Obwohl die entsprechenden Dokumente keine besonderen Unterschiede hervortreten lassen, ist aus der bisherigen Entwicklung der beiden Reformbewegungen dennoch auf einen wichtigen Unterschied

zu schließen: die *polnischen Gewerkschaften* werden auch weiterhin eine weit bedeutendere *politische Rolle* spielen, als sie von den tschechoslowakischen Gewerkschaftsorganisationen im Prager Frühling wahrgenommen wurde. Dies deutet die im Sommer 1981 geführte Kontroverse über die Verfügungsrechte der Belegschaftsräte an. Während die Solidarität von einem Verfügungsrecht der Selbstverwaltung über das Betriebseigentum und über die Gewinnverwendung spricht, kritisiert die Parteiführung derartige Auffassungen als eine Befürwortung von „Gruppeneigentum“, was zur Durchsetzung partikularer Interessen zu Lasten des Gemeinwohls führe. Daß sich ein Interessenausgleich mit Hilfe wirtschaftspolitischer Instrumente bewältigen ließe, wird von den Parteifunktionären nicht gesagt.

3. Schlußbemerkungen

Aus der Gegenüberstellung der *polnischen und der tschechoslowakischen Reformentwicklung* lassen sich die folgenden allgemeineren Schlüsse ziehen¹².

- Die Ähnlichkeiten beider Reformentwürfe, die auf *dezentralpartizipatorische Planungssysteme* hinauslaufen, sind auf das völlige Versagen der traditionellen zentralistischen Planungsmodelle sowjetischen Typs zurückzuführen. Die entwicklungsstrategische Priorität der Schwerindustrie, die überzentralisierten, volumenmäßig ausgerichteten Planungsformen, das Ausbleiben demokratischer Partizipation an Entscheidungen – all das führte unabhängig vom unterschiedlichen industriellen Reifegrad Polens und der Tschechoslowakei wiederholt zum wirtschaftlichen Desaster. Die zunehmenden Schwierigkeiten verstärken immer wieder den Reformdruck.
- Die Unterschiede des polnischen Reformkonzeptes von 1981 gegenüber dem tschechoslowakischen Reformmodell von 1965/68 betreffen zunächst die *Planungs- und Lenkungsformen*. Die Polen beabsichtigen zwar ähnlich wie seinerzeit die Ungarn 1968 die wichtigsten wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen möglichst schnell und mit einem Schlag (zum 1. Jänner 1982) durchzuführen, während die Tschechoslowaken eine längere Übergangsperiode ins Auge gefaßt hatten (diese wurde bekanntlicherweise noch vor ihrem Abschluß durch den gewaltsamen Eingriff von außen unterbrochen). In beiden Fällen haben *politische* Faktoren einen entscheidenden Einfluß auf die Zeitdimension der Reformeinführung bzw. deren Abbruch ausgeübt. Andererseits geht der polnische Regierungsentwurf vorläufig (im Sommer 1981) nicht so weit in Richtung Dezentralisierung wie dies seinerzeit im tschechoslowakischen Reformkonzept von 1968 vorgesehen war. Dieser Unterschied ist in erster Linie auf die unterschiedliche *ökonomische Lage* – den damaligen Aufschwung in der Tschechoslowakei und die gegenwärtige tiefe Krise in Polen – zurückzuführen.

- In mancher Hinsicht divergieren auch die *partizipatorischen* Ansätze beider Konzepte, obwohl hier die Ähnlichkeiten eher überwiegen. Die wichtigste Differenz liegt wohl in der Rolle der Gewerkschaften. Während die unabhängige „Solidarität“ infolge ihrer hervorragenden Rolle in der polnischen Reformbewegung als Vorkämpfer und Garant einer genuinen Selbstverwaltung anzusehen ist – und dies gilt unabhängig vom Ausgang der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen der Solidarität und der Parteiführung in Polen – so stand die tschechoslowakische Gewerkschaftsorganisation (ungeachtet ihrer Bezeichnung „Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“¹³ – lange Zeit keineswegs in den vordersten Reihen des Demokratisierungsprozesses.
- Im Augenblick, da dieser Beitrag verfaßt wird (August 1981), ist die definitive Gestalt des polnischen Reformkonzeptes, insbesondere die entsprechende Regelung der Arbeiterselbstverwaltung, noch offen. Es ist zu hoffen – und die Erfahrungen beider Länder berechtigen zu einer derartigen Hoffnung –, daß zumindest auf lange Sicht hier und dort die Reformkräfte die Oberhand gewinnen werden.

Anhang

Tabelle 1

Indikatoren der polnischen Wirtschaftsentwicklung

	Jahresdurchschnittliches Wachstum in v. H.				Wachstum gegenüber dem Vorjahr in v. H.		
	1951–1960	1961–1970	1971–1975	1976–1978	1979	1980	1981 ¹
Produziertes Nationaleinkommen	7,6	6,1	9,8	4,9	-2,3	-4,0	-15
Industrielle Brutto- produktion	12,2	8,4	10,5	6,9	2,5	-1,3	-12,5
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	2,4	2,3	3,7	1,5	-1,5	-9,6	-11 ²
Bruttowert der Bauproduktion	9,0	7,7	13,9	3,1	-2,8	-12	ca. 20
Bruttoanlage- investitionen	10,0	7,4	18,4	2,7	-7,0	-10,5	-23
Reallohn der Arbeiter und Angestellten	5,2 ³	1,8	7,2	1,1	2,1	3,0	-26 ⁴

¹ 1. Halbjahr; ² Ankauf von Agrarprodukten; ³ 1956–60; ⁴ Nominallohn

Quellen: Rocznik statisticzny (Statistisches Jahrbuch), Warschau 1970, 1980;
Bericht des Hauptamtes für Statistik, Warschau, Trybuna Ludu vom 5. 2. und
28. 7. 1981

Indikatoren der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung

Jahresdurchschnittliches Wachstum in v. H.
1961–1965 1966–1968 1969–1972 1973–1979

	1961–1965	1966–1968	1969–1972	1973–1979
Produziertes Nationaleinkommen	2,0	7,2	6,0	3,8
Industrielle Bruttoproduktion	5,2	6,5	6,9	7,2
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	1,2 ¹	5,0 ²	4,7 ³	2,0
Bruttowert der Bauproduktion	2,6	8,5	8,3	6,4
Bruttoanlageinvestitionen	2,0	6,8	7,5	5,5
Persönlicher Verbrauch	3,0	6,5	4,3	2,8

¹ (1961–65) : (1956–60); ² (1966–68) : (1963–65); ³ (1969–72) : (1968–66)Quellen: Statistická ročenka ČSSR 1968, 1973, 1980;
Planerfüllungsbericht für 1980 in: Hospodářské noviny Nr. 7/1981

Anmerkungen

- 1 In diesem Abschnitt stützen wir uns v. a. auf: Brus 1961; 1972; 1981a; 1981b; v. Delhaes/Peterhoff 1981; Dross 1980; Gabrisch 1981a; 1981b; Lange 1977; Zielinski 1973
- 2 Brus 1981a, S. 45
- 3 Dazu vgl. die polnische Tagespresse, z. B. das Parteiorgan Trybuna Ludu, u. U. auch die Informationen der westlichen Zeitungen
- 4 „Propozycje zasadniczych rozwiązan reformy gospodarczej w Polsce“ (Vorschläge für grundsätzliche Lösungen der Wirtschaftsreform in Polen), in: Życie Gospodarcze Nr. 46 vom 16. November 1980, Beilage S. 1–16
- 5 Brus 1971, insbes. S. 200 ff.
- 6 „Podstawowe założenia Reformy Gospodarczej (projekt)“ (Grundprinzipien der Wirtschaftsreform (Projekt), S. 7–10, in: Życie Gospodarcze Nr. 3 vom 18. Jänner 1981
- 7 Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Periode 1980/81 vgl. insbes. die sehr informativen Ausführungen in der polnischen Wochenzeitung Życie Gospodarcze; ferner: DIW-Wochenbericht 22/81; Gabrisch 1981b
- 8 Kosta 1978a, S. 150 ff; zur krisenhaften Entwicklung 1946–1966 vgl. auch Šik 1967
- 9 Dazu vgl.: Hensel 1968 (einschl. der im Anhang übersetzten Reformdokumente); Kosta 1978a, S. 133 ff. (einschl. eines Literaturüberblicks in Anm. 34, S. 205)
- 10 Als wichtige Ergänzung zum Regierungsentwurf (vgl. Anm. 6) sind Thesen zu zwei Gesetzesentwürfen über eine Unternehmensverfassung und über die Selbstverwaltung der betrieblichen Belegschaft vom März 1981 zu betrachten, die an den Grundprinzipien des Regierungsentwurfs festhalten (Tezy projektu ustawy o przedsiębiorstwach und Tezy projektu ustawy o samorządzie załogi przedsiębiorstwa państwowego, beides in: Życie Gospodarcze Nr. 12 vom 22. März 1981; zum polnischen Regierungsentwurf vgl. auch Hamel/Leipold 1981

- 11 Kosta 1978a, S. 138
- 12 Eine umfassendere Vergleichsanalyse der Planwirtschaftsmodelle zentraladministrativen (sowjetischen), rätedemokratisch-naturalwirtschaftlichen (maoistischen), marktwirtschaftlich-partizipatorischen (jugoslawischen) und plan-marktwirtschaftlich-partizipatorischen (Prager Frühling) Typs findet sich in Kosta 1978b, S. 139 ff.
- 13 Der offizielle Name lautet „Revoluční odborové hnutí“ (ROH).

Literaturverzeichnis

- Brus, Włodzimierz (1961), *Ogólne problemy funkcjonowania gospodarki socjalistycznej*, Warschau: Wydawnictwo Naukowe; deutsche Übersetzung: (1971), *Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft*, Frankfurt a. M.: edition suhrkamp
- Brus, Włodzimierz (1972), *Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politischen Ökonomie*, Frankfurt a. M.: edition suhrkamp
- Brus, Włodzimierz (1981a), *Ziele, Methoden und politische Determinanten der Wirtschaftspolitik Polens 1970–1976*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 49 – 1978, Köln
- Brus, Włodzimierz/Gruppe „Erfahrung und Zukunfts“/Fehér, Ferenc/Michnik, Adam (1981b), *Polen – Symptome und Ursachen der politischen Krise*, Hamburg: VSA-Verlag
- von Delhaes, Karl/Peterhoff, Reinhard (1981), *Zur Reform der polnischen Wirtschaftsordnung*, Arbeitsberichte zum Systemvergleich der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme an der Universität Marburg Nr. 1, Marburg
- DIW-Wochenbericht 22/81, *Polens Wirtschaftskrise auf dem Höhepunkt?*, Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 27. Mai 1981, Berlin
- Dross, Armin Th. (Hrsg.) (1980), *Polen. Freie Gewerkschaften im Kommunismus?* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH
- Gabrisch, Hubert (1981a), *Die Leistungsfähigkeit des polnischen Wirtschaftssystems und die Probleme der Wirtschaftsreform*, Hamburg: Verlag Weltarchiv GmbH
- Gabrisch, Hubert (1981b), *Polen – Weiterhin Lähmung der Wirtschaft durch politische Instabilität*, in: Bolz, K., *Die wirtschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern Osteuropas zur Jahreswende 1980/81*, Hamburg: Verlag Weltarchiv GmbH
- Hamel, Hannelore/Leipold, Helmut, *Zur Konzeption des polnischen Selbstverwaltungsmodells*, in diesem Sammelband
- Hensel, Paul K. u. Mitarb. (1968), *Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei*, Stuttgart – New York: Gustav Fischer Verlag
- Kosta, Jiří (1978a), *Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945–1977*, Frankfurt a. M.: edition suhrkamp
- Kosta, Jiří (1978b), *Für eine demokratische Alternative zu den realsozialistischen Wirtschaftssystemen*, in: Huber, J./Kosta, J. (Hrsg.), *Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion*, Köln – Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt
- Lange, Oskar (1977), *Ökonomisch-theoretische Studien*, Frankfurt a. M. – Köln: Europäische Verlagsanstalt
- Šik, Ota (1967), *Plan und Markt im Sozialismus*, Wien: Fritz Molden Verlag
- Trybuna Ludu, Tageszeitung hrsg. von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Jg. 1980, 1981
- Zielinski, Janusz G. (1973), *Economic Reforms in Polish Industry*, London – New York – Toronto: Oxford University Press
- Zycie Gospodarcze, ökonomische Wochenzeitschrift Warschau, Jg. 1980, 1981